

Dokumente zum Zeitgeschehen

ARTIKEL 3: Die Vertragsparteien erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

ARTIKEL 4: (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter der Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Warschau am 14. November 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Republik Polen

Besuch des Präsidenten der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland am 9. und 10. November 1990

Ansprache von Bundeskanzler Helmut Kohl anlässlich eines Empfangs auf dem Petersberg am 9. November 1990 (Auszüge)

(...) Mit ihrer weitsichtigen und mutigen Reformpolitik sind Sie dabei, Ihr Land neu zu gestalten.

Sie haben in der Außen- und Sicherheitspolitik Ihres Landes „Neues Denken“ durchgesetzt und entscheidend dazu beigetragen, zwischen Ost und West eine neue Partnerschaft zu entwickeln. Neues Vertrauen ist entstanden. Wir alle haben es heute beim Abschluß der Verträge gespürt.

Das war auch die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß wir jetzt die Teilung Europas endgültig überwinden können, im Geiste des Friedens, der Selbstbestimmung und der Menschenrechte.

Mit großer Dankbarkeit wissen gerade wir Deutschen Ihren sehr persönlichen Beitrag zu einer glücklichen Wende unserer Geschichte zu würdigen. Heute vor einem Jahr fiel die Berliner Mauer. Und vor wenigen Wochen, am 3. Oktober, hat unser geteiltes Land und Volk seine Einheit in Freiheit und im Einvernehmen mit allen Nachbarn und Partnern vollendet. Die Tatsache, Herr Präsident, daß Sie als erstes ausländisches Staatsoberhaupt gerade heute unser geeintes Land besuchen, erhöht unsere Hochschätzung.

In einer dichten Folge von Begegnungen konnten wir gemeinsam den Weg zur deutschen Einheit ebnen. Der Ertrag unserer Treffen ist - ich glaube, das dürfen wir sagen - in der langen Geschichte unserer Völker ohne Vorbild:

- Ich erinnere an Ihren letzten Besuch in Bonn im Juni 1989. Damals haben wir in unserer Gemeinsamen Erklärung das Prinzip der Selbstbestimmung bekräftigt und unser sehr persönlich begründetes Vertrauen vertiefen können.

- Bei meinem Besuch in Moskau im Februar dieses Jahres haben wir Einverständnis erzielt, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der Nation lösen, daß sie selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen staatlichen Formen, mit welchem Tempo und in welchen Fristen sie diese Einheit verwirklichen werden. Mit unserer Einigung wurde zugleich der Weg zu den konstruktiven

Dokumente zum Zeitgeschehen

Gesprächen, die wir dann Zwei-plus-Vier-Gespräche nannten, frei. Wir haben allen Grund, allen Partnern für diesen Erfolg zu danken.

- Bei unserer denkwürdigen Begegnung im Kaukasus ist es uns gemeinsam gelungen, die schwierigsten Fragen der deutschen Einheit zu lösen. Nunmehr ist gesichert, daß das geeinte Deutschland zu einem Zugewinn für Sicherheit und Stabilität in ganz Europa wird. Es ist das Atlantische Bündnis eingebunden, das sich selbst wandelt.

Heute, Herr Präsident, wenden wir uns entschlossen der Zukunft zu. Getreu der besonderen Verantwortung, die wir beide als Angehörige der gleichen Generation empfinden, wollen wir unseren Beitrag leisten, einen Schlußstrich unter die leidvollen Kapitel der Vergangenheit zu ziehen und das Zusammenleben unserer Völker und unserer Länder dauerhaft und friedlich zu gestalten.

In diesem Geist haben wir heute den Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit *) unterzeichnet. Er bringt die Verständigung unserer Länder voran. Er gibt der Versöhnung unserer Völker neue, starke Impulse. Ab heute ist es verbrieft: die deutsch-sowjetischen Beziehungen haben eine neue, eine zukunfts-gewandte Qualität, die weit in das kommende Jahrhundert reicht.

Gleichfalls unterzeichnet wurde heute der Vertrag über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technik, der Wirtschaft, der Wissenschaft. Dieser Vertrag hat Schlüsselbedeutung angesichts der tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die Sie unter dem Leitbild der Marktwirtschaft ins Werk gesetzt haben.

Angesichts schmerzhafter, aber unvermeidlicher Übergänge sind wir, die Bundesrepublik Deutschland, bereit, mit Rat und Tat weiterzuhelfen. Wir haben das bereits in den vergangenen Monaten immer wieder bewiesen.

Wir bringen in diese Zusammenarbeit unseren guten Willen und unsere über vierzigjährige Erfahrung mit einer erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft ein. Wir bringen ein unsere feste Verankerung in der Europäischen Gemeinschaft und auch unsere bedeutende Rolle beim Weltwirtschaftsgipfel und in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen: Wie bisher, wollen wir dort Sachwalter auch der Interessen Ihres Landes sein!

Herr Präsident, das Wort, das ich Ihnen im Februar gab, gilt fort: „In unserer Chance zur Einheit liegt für die Sowjetunion die Chance zu langfristiger Partnerschaft mit einem politisch stabilen, mit einem wirtschaftlich leistungsfähigen Land in der Mitte Europas.“ Und ich will dieses Wort erweitern: - liegt die Chance der Freundschaft zwischen unseren Völkern.

In zwei weiteren Verträgen, die bereits unterzeichnet sind, haben wir uns über den befristeten Aufenthalt und den planmäßigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte bis Ende 1994 geeinigt, und wir haben die überleitenden Maßnahmen vereinbart. Lassen Sie mich an dieser Stelle bekräftigen, wie wir dies heute auch in unseren Gesprächen getan haben: Wir wollen das uns Mögliche beitragen, daß die sowjetischen Soldaten und ihre Familien sich in den verbleibenden Jahren ihres Hierseins wohl fühlen. Es ist unser Wunsch, daß sie unser Land in guter Erinnerung behalten und daß sie in gesicherte Verhältnisse nach Hause zurückkehren.

Unsere besondere Zuwendung, Herr Präsident —und Sie wissen dies —verdienen auch die Sowjetdeutschen. Unser heute unterzeichneter Vertrag eröffnet ihnen neue Möglichkeiten, ihre Sprache - unsere Muttersprache - Kultur und Tradition zu bewahren und ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität zu entfalten. Wir wollen Ihnen dabei gerne helfen.

Von der sowjetischen Regierung erbitten wir gleichgerichtete Anstrengungen, das Leben dieser Menschen in ihrer angestammten Heimat zu erleichtern, und von der sowjetischen Führung Zeichen der Ermutigung, daß sie im sich wandelnden Verband der UdSSR eine gesicherte Zukunft erwarten können.

*) Dokumentiert in „Blätter“, 11/1990, S. 1394 ff.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Herr Präsident, uns ist von Anfang an bewußt gewesen, daß unter den Bedingungen unseres Zeitalters kein Land seine Sicherheit, seinen Fortschritt, seine Wohlfahrt allein gewährleisten kann. Kein Land kann, auf sich allein gestellt, die großen Aufgaben der Zukunft meistern. Auch die bilaterale Zusammenarbeit reicht hier nicht aus. Unerläßlich sind und bleiben vielmehr umfassende Lösungen, die ganz Europa, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada dauerhaft einbeziehen.

Ich freue mich deshalb, daß wir uns bereits wieder in wenigen Tagen in Paris treffen werden, um auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der KSZE unser Wollen in weltreichenden Dokumenten zu bekräftigen. (. . .)

Die Zeit der Konfrontation auf unserem Kontinent liegt endgültig und unumkehrbar hinter uns. Die Zukunft werden wir gemeinsam gestalten.

Uns Europäern, Herr Präsident, wächst im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts die, wie ich denke, geschichtlich einmalige Chance zu, die ursprüngliche Einheit unseres Kontinents neu zu begründen. Und wir sind entschlossen, diese Chance zu nutzen.

Gerade für uns Deutsche, die in diesem Jahrhundert im Zentrum so vieler unheilvoller Entwicklungen gestanden haben, stellt sich heute die Herausforderung, Vorbild im Guten zu sein.

Es geht um tätige Solidarität mit Menschen in Not; es geht um Hilfe zur Selbsthilfe für Länder und Völker, die heute die Grundlagen für ihren wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufstieg legen.

Als Deutsche und als Europäer wollen wir dieser Herausforderung gerecht werden. Wir sind uns bewußt, daß dabei in langen Zeiträumen gedacht, geplant und gehandelt werden muß. (. . .)

Ansprache des Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow, auf dem Petersberg am 9. November 1990 (Auszüge)

(...) Viel hat sich in der Welt seit der Zeit meines letzten Besuches verändert. Und in diesem stürmischen Strom ist die Vereinigung Deutschlands beinahe das eindrucksvollste Ereignis.

Die Bedeutung dieses Ereignisses ist vielseitig. Es ist:

- die Wiedervereinigung einer großen Nation;
- die Freude für Hunderttausende von Familien und Verwandten;
- die Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich, im Kräfteverhältnis der politischen Parteien, die spürbar für alle sind;
- die Entstehung eines Staates mitten in Europa mit einem starken wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und politischen Potential;
- ein ganz anderer Charakter der Beziehungen zu allen Nachbarländern;
- die neue Situation in der NATO, der EG, in den anderen europäischen Organisationen und Strukturen;
- die wesentliche Neuartigkeit in den militärischen und politischen Aspekten des gesamteuropäischen Prozesses;
- und natürlich - was für uns besonders wichtig ist - gewaltige Veränderungen im riesigen Gesamtkomplex der sowjetisch-deutschen Beziehungen.

Diese Liste kann man fortsetzen. Aber das Verzeichnis dieser ganz ungewöhnlichen bedeutsamen Entwicklungen ist bereits von erheblichem Umfang.

Man kann den Willen, die Entschlossenheit und die Bereitschaft des deutschen Volkes, seiner Regierung und seiner politischen Parteien nur begrüßen, alle Kräfte der Gesellschaft zu vereinen,

Dokumente zum Zeitgeschehen

um diese vor ihnen liegende immense nationale Aufgabe innerhalb einer kurzen Zeit zu bewältigen, und sie in Eintracht mit den Nachbarn zu lösen - erfüllt von Stolz darauf, daß ihr Deutschland sich von heute an und für immer als eine starke, dynamische und gleichberechtigte Größe in der Familie aller europäischen Völker behauptet.

Heute vor einem Jahr fiel die Mauer, und das Brandenburger Tor öffnete sich. Für die Vereinigung Deutschlands gab es selbstverständlich objektive Gründe - sowohl von innen- als auch von außenpolitischem Charakter. Aber daß die Vereinigung innerhalb einer kurzen Zeit zustande gekommen ist, verdankt sie einer ganz neuen politischen Kategorie in den internationalen Angelegenheiten, die gleichzeitig mit der Perestroika und dem neuen Denken entstanden ist - nämlich dem *Vertrauen*.

Wir haben es vermocht, an die Dauerhaftigkeit einer Demokratie zu glauben, die die Lehren aus der nazistischen Vergangenheit Ihres Landes gezogen hat. Sie haben es vermocht, an die Zukunft einer Demokratie zu glauben, die entschlossen und erbittert mit dem Bruch des Weisungs- und Kommandosystems begonnen hat. Sie und wir haben uns zu den gesamt menschlichen Werten bekannt. Sie und wir haben unser Bekenntnis zur Freiheit der Wahl und zum Prinzip des Ausgleichs der Interessen in der Praxis bewiesen.

Das ist der Hauptgrund dafür, warum die Sowjetunion den beschleunigten Prozeß der Vereinigung Deutschlands nicht verhindert, sondern sogar einen bedeutenden Teil der Verantwortung bei der Regelung ihrer äußeren Aspekte übernommen hat.

In diesem Zusammenhang hebe ich besonders die Tage der Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl in Archys hervor.

Der heute mit Bundeskanzler Kohl unterzeichnete „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ wird von den Chronisten der Geschichte sicherlich in die erste Reihe der völkerrechtlichen Dokumente gestellt werden, die das rauhe und tragische 20. Jahrhundert abschließen und die Pforte zu einer neuen friedlichen Periode der Geschichte öffnen.

Indem wir gemeinsam unseren Strich unter eine ganze historische Epoche ziehen, beginnen wir zugleich damit, die Seiten der jüngsten Geschichte nicht nur unserer beiden Länder, sondern auch des ganzen Europas vom Atlantik bis zum Ural mit Bedacht umzublättern. (. . .)

Wir erreichen wirklich einen anderen Charakter unserer bilateralen Beziehungen - und, was auch prinzipiell wichtig ist - im Sinne der europäischen Einigung, in dessen Rahmen der sowjetisch-deutsche Faktor fähig ist, seine eigene, große, aber zugleich auch ebenbürtige Rolle zu spielen.

Heute ist der Einheit Deutschlands eine dauerhafte Grundlage des guten Willens und Einvernehmens zugrunde gelegt. Und sie ist mit Zustimmung und Unterstützung des größten Teiles der Weltgemeinschaft, der Organisation der Vereinten Nationen zustande gekommen. (. . .)

Wir und Sie müssen jetzt angesichts des ganzen Europas und der Welt vernünftig und im maximalen Maß alles ausnutzen, was wir unserem Vertrag zugrunde gelegt haben, um die volle Stärke des positiven Verlaufs unserer gemeinsamen Vergangenheit entfalten und alles, was in den letzten Jahren erarbeitet wurde, in Anwendung bringen zu können.

Ich sehe ein, daß ein großer Teil der Aufgaben, insbesondere bei der Schaffung der für Sie annehmbaren Bedingungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, auf unserer Seite liegt. Jetzt wird im Verlauf unserer Reformen vieles getan, um solche Bedingungen zu gewährleisten. Von Ihnen erwarten wir Mut, Großzügigkeit, zukunftsträchtiges Denken und gesunde Risikobereitschaft. Denn schließlich haben Sie es mit einem großen Land zu tun, daß von Gott nicht benachteiligt ist - weder hinsichtlich des menschlichen und intellektuellen Potentials noch in bezug auf Kultur, Lebensraum und Naturschätze.

Ja, tiefgreifende Veränderungen sind bei uns im Gange, aber die erneuerte Union bleibt eine Großmacht - mit gewaltigen Möglichkeiten und sicherer Perspektive für das 21. Jahrhundert. (...)

In unseren Beziehungen bleibt eine sensible Seite. Ich wende mich von hier aus an alle Deutschen. Auf ihrem Boden bleiben noch für eine gewisse Zeit unsere Soldaten stationiert. Die rechtlichen Fragen sind geklärt. Wir sind dem Bundeskanzler und anderen Persönlichkeiten und Behörden der Bundesrepublik Deutschland dankbar, die mit Verständnis auf die Probleme reagiert haben, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt unserer Streitkräfte und ihrem Abzug in die Heimat verbunden sind.

In den Vordergrund rückt jetzt der menschliche Aspekt. Unsere Militärangehörigen werden sich hier an ihren neuen Status gewöhnen müssen. Hier liegt, wenn Sie wollen, zugleich ein Prüfstein für die Bereitschaft, die Beziehungen zwischen unseren Völkern wirklich auf einer humanen und freundschaftlichen Grundlage aufzubauen.

Lassen Sie mich noch eines sagen. Im Überschwang der Trennung von allem, was insbesondere in den letzten Jahren mit dem DDR-Regime verbunden war, hat das Verhältnis eines gewissen Teils von Deutschen zu der Sowjetunion einen schmerzhaften, vielleicht sogar hier und dort einen anti-sowjetischen Beigeschmack erhalten. Ich bin aber überzeugt, daß dies eine vorübergehende Erscheinung ist. Neben den offiziellen wirtschaftlichen, militärischen, staatlichen, gesellschaftlichen Beziehungen oder den Beziehungen zwischen den Parteien Ost-Deutschlands und unseres Landes gestalteten sich im Verlauf von vierzig Jahren in den Poren dieser Beziehungen selbst, sowie im gegenseitigen Strom des Massenverkehrs unzählbare persönliche Beziehungen von Tausenden und Abertausenden von Menschen. In diesen unmittelbaren, natürlichen Kontakten, im gemeinsamen Lernen und in gemeinsamer Arbeit, in Diskussionen und Überlegungen wurde Vergangenheit umgemahlen, alte Kränkungen und Vorbehalte wurden geschmolzen, geistige Verständigung wurde geboren. (...)

Soldaten und Rekruten der Bundeswehr und der NVA!

Verweigert Euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf oder anderswo einplanen!

Offener Brief der Grünen (beschlossen auf dem Sonderparteitag, Bayreuth 23. 9. 1990)

Den nachstehend im Wortlaut dokumentierten „Offenen Brief“, beschlossen auf dem Sonderparteitag der Grünen in Bayreuth am 23. September d. J., nahm die Bonner Staatsanwaltschaft sieben Wochen später zum Anlaß für eine polizeiliche Durchsuchung der Bundesgeschäftsstelle der Grünen. Mehrere Dutzend Polizeibeamte und Staatsanwälte kamen am Nachmittag des 12. November zum Einsatz. In dem Beschluß des Amtsgerichts Bonn vom 12. 11. heißt es zur Begründung der Durchsuchungsaktion: „Das beanstandete Flugblatt ruft zur Fahnenflucht und damit zu einer nach §16 WStG strafbaren Handlung auf. Das ist unzulässig. (§111 StGB) Unberührt bleibt dabei das politische Recht, für die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit der Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe zu werben und eine Änderung des Grundgesetzes im Hinblick auf den Einsatz deutscher Soldaten am Golf kritisch zu diskutieren. Solange es für einen Bürger rechtlich vorgesehene Möglichkeiten gibt, seinen Einsatz als Soldat am Golf zu vermeiden, kommt Fahnenflucht auch unter dem Gesichtspunkt des Notstandes nicht als Rechtfertigungsgrund in Betracht, so daß auch dann nicht zur Fahnenflucht aufgerufen werden darf, wenn man der Argumentation des Beschuldigten folgt.“ Die Polizeiaktion werde angeordnet, „da nach den bisherigen Ermittlungen zu vermuten ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen wird“; außerdem diene sie der Beschlagnahme des Flugblattes „in seiner gesamten Auflage sowie (der) zur Herstellung des Flugblattes gebrauchten oder bestimmten Vorrichtungen wie Platten, Formen, Drucksätze, Negative oder Matrizen . . .“.